



Deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten in Zeiten der Teilung

Facetten der besonderen Beziehungen der beiden deutschen Staaten zwischen
1949 und 1989/90

Von Dirk van Laak

Anlässlich des 20. Jahrestages von Wende und Mauerfall lotete im Sommersemester 2009 ein Seminar des Gießener Historischen Instituts deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten in der Zeit der staatlichen Teilung aus. Dabei zeigte sich, wie stark die beiden deutschen Staaten während des Kalten Krieges und der anschließenden Entspannungsperiode stets aufeinander bezogen blieben. Der folgende Beitrag des Gießener Zeithistorikers Prof. Dr. Dirk van Laak fasst die wesentlichen Befunde zusammen. Er wird ergänzt von vertiefenden Beiträgen, die von Studierenden des Seminars verfasst wurden.

In diesem Jahr wird im wiedervereinigten Deutschland des 20. Jahrestags von Ende und Wende in der DDR gedacht. Dabei wird für die Gegenwart allenthalben viel Trennendes festgestellt und Gemeinsames beschworen. In der historischen Rückschau auf die 40 Jahre staatlicher Teilung von „alter“ Bundesrepublik und Deutscher Demokratischer Republik wurde demgegenüber bislang vornehmlich Trennendes beschworen, statt das Gemeinsame festzuhalten. Hier wirken sich die speziellen Herausforderungen der Zeitgeschichtsforschung aus: ihre besondere Nähe zu den erst jüngst vergangenen Ereignissen, die Verfügbarkeit zahlloser Zeitzeugen und individueller Erinnerungen, aber auch ihre Verflochtenheit mit tagespolitischen Interessen und „staatsbürgerlich“ erwünschten Lehren aus der Geschichte. Denn das Handwerk des Historikers der jüngsten Vergangenheit ist nicht immer leicht – stellt sich Zeitgeschichte doch oft als eine „Streitgeschichte“ heraus. Dennoch sollte der Abstand zur Geschichte des geteilten Deutschland mittlerweile groß genug sein, um distanzierte Blicke auf das besondere, oft dialektisch miteinander verschränkte Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander zu werfen. Der Historiker Christoph Kleßmann hat dies einmal auf die treffende Formel von der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ gebracht.

Aus einer solchen Distanz rücken historische Vergleichsfälle in den Blick, etwa das geteilte Zypern oder, noch sehr viel augenfälliger, die Trennung zwischen Nord- und Süd-Korea. In den vergangenen Jahren sind südkoreanische Delegationen immer wieder nach Deutschland gekommen, um aus den Erfahrungen der Wiedervereinigung von 1989/90 zu lernen. Als eine solche Delegation vor einiger Zeit auch das ehemalige Notaufnahmелager in Gießen besuchte, vermochte sie jedoch nicht recht nachzuvollziehen, dass die DDR-Aussiedler bis 1989 ein Aufnahme-, kein Einbürgerungsverfahren durchliefen (so die mündliche Aus-



Foto: Rolf K. Wegst

Das ehemalige Notaufnahmелager in Gießen, heute: Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen.

kunft des früheren Leiters des Notaufnahmелagers, Heinz Dörr, vom 12. Mai 2009). Denn ein deutsches Spezifikum, das bis zum 3. Oktober 1990 zugleich eines der stärksten Bindeglieder zwischen den getrennten deutschen Gesellschaften blieb, war die gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit. Der damit einher gehende Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik auf internationalem Parkett führte zu einem ständigen außenpolitischen Kräftemessen mit der DDR, deren volle Souverä-

nität von der westdeutschen Politik niemals wirklich anerkannt wurde. Im Zuge der Entspannungs- und der Neuen Ostpolitik führte dies seit den späten 1960er Jahren zu vielen diplomatischen wie völkerrechtlichen Verrenkungen sowie zu innenpolitischen, teilweise vor dem Bundesverfassungsgericht ausgetragenen Grundsatz-Debatten. Für ausreisewillige DDR-Bürger waren diese aber letztlich nur von symbolischer Bedeutung, denn bis 1989 wurde eine Flucht oder Übersiedlung aus der DDR



Foto: Hans Peter Ruben

Foto: Johann Biedermann



in den Westen von der Bundesrepublik gleichsam als ein Wechsel des Wohnorts behandelt und durch Eingliederungshilfen unterstützt. Dass ehemalige Bewohnerinnen und Bewohner der DDR dennoch eine andere Sozialisation durchlaufen hatten und andere Orientierungen mitbrachten, das war schon seit den frühen 1950er Jahren ein Untersuchungsgegenstand zahlreicher Sozialforschungen.

Deutsch-deutsche Deals

Zu den problematischen Kapiteln der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte gehört in diesem Zusammenhang freilich die teilweise abstruse Parallelität von Systemkonkurrenz und Streben nach staatlicher Eigenständigkeit der DDR einerseits und die Verknüpfung von „humanitären“ Zugeständnissen mit Geldzahlungen aus der Bundesrepublik andererseits. Hier bildeten sich nach dem Bau der Berliner Mauer im Sommer 1961 Tauschaktionen heraus, die in rechtlichen Grauzonen operierten. Sie reichten von einer menschlich inspirierten, dann immer kommerzieller vorgehenden Fluchthilfe bis zu dem Ende 1962 einsetzenden Freikauf von politischen Häftlingen durch die Bundesrepublik. Wegen ihres

notorischen Devisenmangels ließ sich die DDR diesen Tausch immer besser bezahlen, so dass Ende der 1970er Jahre von Westdeutschland nahezu 100.000 DM pro Häftling zu entrichten waren. Dies schlug sich ebenso entlastend auf den Staatshaushalt der DDR nieder wie die periodisch wiederkehrende, durchaus zynische Praxis der DDR, sich durch gezielte Lockerungen der Ausreisekriterien „teurer“ Bürger wie Rentner, Oppositioneller oder Arbeitsloser zu entledigen. Die gesamtdeutsche Öffentlichkeit bekam hiervon wenig zu hören, und wenn etwas in die Medien gelangte wie etwa die seit 1983 von Franz-Josef Strauß an die DDR vermittelten Milliardenkredite, reagierten nicht nur dessen politische Anhänger mit einem gewissen Entsetzen.

Gemeinsame deutsche Vergangenheit

Anders gelagert war ein weiterer Faktor der deutsch-deutschen Verknüpfung: die gemeinsame deutsche Vergangenheit. Hier wurden in West und Ost auf offizieller Ebene sehr deutlich voneinander unterscheidbare Konsequenzen gezogen. Insbesondere für die DDR wurde die Behauptung, aus den „braunen Jahren“ die historisch einzig richtigen, nämlich antifaschistischen Konse-

quenzen gezogen zu haben, zu einem tragenden Gründungsmythos. Der Bundesrepublik dagegen bürdete die DDR-Propaganda das ganze Gewicht des problematischen Erbes des „Dritten Reiches“ auf. Dabei waren beide Gesellschaften gleichermaßen vor die Aufgabe einer Integration belasteter Individuen gestellt. Nach einer demonstrativen Entnazifizierung erfolgte sie in beiden deutschen Gesellschaften mehr oder weniger stillschweigend. Doch verfolgte die DDR seit dem Ende der 1950er Jahre eine gezielte Informationspolitik über westdeutsche Personen, die trotz NS-Verwicklung erneut in vermeintlich „staatstragender“ Funktion agierten. Mit verschiedenen Kampagnen gelang es schließlich, dazu beizutragen, dass ein Bundespräsident seine Amtsgeschäfte vorzeitig niederlegte. Dass die Dokumente über den vermeintlichen „KZ-Baumeister“ Heinrich Lübke teilweise gefälscht waren, vermochte in einer Zeit des linken Aufbruchs um 1968 nur Wenige zu irritieren. Denn die Bereitschaft mancher nachwachsender Westdeutscher, die DDR für eine legitime Alternative zu halten, nahm umgekehrt proportional zur sich verstärkenden Unkenntnis über die konkreten Lebensverhältnisse in Ostdeutschland zu.

Wenig aufgearbeitet ist bislang, dass diese fehlenden Kenntnisse dem Bestreben der DDR-Führung nach völkerrechtlicher Anerkennung in die Hände spielte, während diejenigen, die auch in den 1970er und 1980er Jahren noch an der Einheit Deutschlands festhalten wollten, zunehmend in den Ruch der politischen Reaktion gerieten. So wurde 1975 etwa der „Forschungsbeirat zu Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, stillschweigend aufgelöst. Er war 1952 vom damaligen Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gegründet worden und hatte systematisch Informationen über die DDR für den Fall einer Wiedervereinigung gesammelt. Nun schien er in die politische

Landschaft der Entspannungspolitik ebenso wenig zu passen wie die „Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter“. In ihr wurden seit 1961 Belege für Rechtsverstöße in der DDR gesammelt, um sie ebenfalls im Falle einer Wiedervereinigung ahnden zu können. Die Stelle existierte immerhin bis über 1989/90 hinaus, spielte aber im Prozess der Aufarbeitung von DDR-Unrecht nur eine untergeordnete Rolle.

Weithin vergessen sind auch diejenigen Institutionen, die über die staatliche Teilung hinweg in den 1950er und 1960er Jahren versuchten, den Gedanken der Einheit in der westdeutschen Bevölkerung lebendig zu erhalten, etwa das „Kuratorium Unteilbares Deutschland“. Es vermochte hochrangig besetzte und zunächst auch gut besuchte Veranstaltungen durchzuführen, Mahnmale der deutschen Teilung zu errichten oder jährliche Aktionen wie „Kerzen im Fenster“ zu starten, die aus heutiger Warte bisweilen ebenso rührend wie hilflos erscheinen. Dieses Wirken erlosch vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Verständigung im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre ebenso wie die Tätigkeit solcher Einrichtungen wie der „Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen“, der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ oder den Ostbüros der großen westdeutschen Parteien, die in ihrer

Hoch-Zeit während der 1950er Jahre versucht hatten, Fluchthilfe zu leisten oder den Selbstbehauptungswillen ihrer ostdeutschen Klientel zu stärken. Mit ihren teilweise halblegalen Aktionen boten sie der DDR aber auch willkommene Anlässe, sich umfassend „unterwandert“ zu fühlen, ja zu erklären, man werde vom „westlichen Imperialismus“ fortdauernd in seiner Existenz bedroht.

Deutsch-deutsche Spionage

Heute weiß man, dass die DDR in ihrer Spionage und „Westarbeit“ keinesfalls weniger erfolgreich war und bis in die westdeutschen Machtzentren hinein über alle maßgeblichen Vorgänge stets informiert gewesen ist. Die Enttarnung des Spions Günter Guillaume, eines persönlichen Referenten Bundeskanzler Willy Brandts, machte dies 1973 einer verduztten westdeutschen Öffentlichkeit schlagartig bewusst. Auch seither hielten sich die beiden deutschen Staaten informatorisch gleichsam „in Schach“. Die konfrontative Spionage des Kalten Krieges, die Stoff für zahlreiche Agenten-Thriller im Stile eines John Le Carré oder Frederick Forsyth gab, wurde jedoch nach und nach durch ein Verständnis gemeinsamer Sicherheitsinteressen und ein unterhalb der Publizität verbleibendes Einverneh-

men ersetzt. In die Medien gelangten solche Geschäfte auf Gegenseitigkeit allenfalls über die spektakulären Austausch-Aktionen von Gefangenen an der Glienicker Brücke zwischen Westberlin und Potsdam.

Erst nach und nach bekannt wurden in diesem Zusammenhang indirekte Unterstützungsleistungen westlicher Geheimdienste oder Behörden für Personen oder Institutionen im Osten, aber auch solche der DDR an westliche Zeitschriften wie „Konkret“ oder an neutralistische und pazifistische Netzwerke, aber auch an westdeutsche Medienvertreter oder sogar Abgeordnete. Dass der CDU-Abgeordnete Julius Steiner beim Misstrauensvotum gegen Willy Brandt am 27. April 1972 vom Auslandsnachrichtendienst um Markus Wolf „gekauft“ worden war, hatte man seit längerem vermutet. Das volle Ausmaß und vor allem die konkreten Wirkungen solcher Interventionen bleiben aber nach wie vor schwer einzuschätzen. Sicher bergen sie noch immer gewisse Enthüllungspotenziale in sich, doch ist es zweifellos übertrieben, wenn gelegentlich nahegelegt wird, die bundesdeutsche Geschichte könne letztlich nur von einer intimen Kenntnis der ostdeutschen Geheimdienst-Aktivitäten her aufgeschlüsselt werden.

Die Rolle der Kirchen

Aufschlussreich ist auch die Rolle der Kirchen, vornehmlich der evangelischen. Sie verlor in der DDR einerseits rapide an Zuspruch, behielt andererseits bis 1989 einen Sonderstatus, der es erlaubte, etwa in den Jungen Gemeinden gewisse Schutzräume zu bewahren. In ihnen vermochten dann seit den 1970er Jahren oppositionelle Gruppen etwas geschützter als anderswo miteinander zu diskutieren. Der förmlichen Trennung hatte sich die Evangelische Kirche Deutschlands lange entgegengestellt und sich als eine der letzten gesamtdeutschen Klammern verstanden. Aufgrund deutlich anders gelagerter Konfliktlinien entfremdeten sich die



Foto: Johann Biedermaier

west- und ostdeutschen Zweige jedoch zunehmend voneinander. Seit den späten 1970er Jahren kam es aber über die grenzüberschreitend relevanten Fragen der Friedens- und Umweltbewegung erneut zu einer Annäherung.

Überhaupt war eine mit der Neuen Ostpolitik der 1960er und 1970er Jahre verknüpfte politische Perspektive davon ausgegangen, dass sich die strukturelle Ähnlichkeit der Probleme westlicher und östlicher Gesellschaften aneinander angleichen würden und man insofern über kurz oder lang zu einer verstärkten Zusammenarbeit in Fragen der Wirtschaft oder der Umwelt genötigt sein werde. Diese „Konvergenztheorie“ führte auch zu einem schleichenden Wandel des wissenschaftlichen Interesses an der DDR, die nun nicht mehr nur als rote Variante einer totalitären Diktatur wahrgenommen wurde. Vielmehr analysierte man sie zunehmend als ein zum westlichen Liberalismus alternatives System, bei dem man auf eine gleichsam „sportliche“ Art und Weise vergleichen konnte, welche Gesellschaftsform sich vor den Herausforderungen der Zukunft besser bewähren würde.

Deutsch-deutsche Sportgeschichte

Damit ist man bei einem der prominentesten Felder der wechselseitigen



Foto: Johann Biedermann

Bezogenheit aufeinander, der deutsch-deutschen Sportgeschichte. Jenseits der viel engagierteren Auslese und des – heute eindeutig nachweisbaren – ebenso rücksichtslosen wie gesundheitsgefährdenden Dopings, das etwa die olympischen Erfolge der im Vergleich zur Bundesrepublik dreieinhalb Mal kleineren DDR in den 1980er Jahren prägte, gab es hier lange Zeit über eine enge Verbindung. Sie dokumentierten sich beispielsweise in den gemeinsamen Olympiamannschaften bis zu den Spielen von Tokio im Jahr 1964, vor allem jedoch in den gewachsenen und nur schwer trennbaren Identifikationen mit

national wie international erfolgreichen Fußballmannschaften. Namentlich in Berlin hielten sich hier Fan-Gemeinden weit über den Mauerbau hinaus, und sie waren daher nach 1990 umso rascher wieder zu vereinigen.

Funk und Fernsehen

Hierbei kommt ein Faktor ins Spiel, der für die gemeinsame deutsch-deutsche Geschichte von geradezu ausschlaggebender Bedeutung war: die grenzüberschreitende Präsenz von Medien. In den 1950er Jahren war dies vor allem das Radio, das etwa für die Ausbreitung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953 überaus bedeutend war. Trotz gezielter Versuche ostdeutscher Behörden, den Empfang und das Abhören zu unterbinden, eroberte sich namentlich der „Rundfunk im amerikanischen Sektor“ (RIAS) in Ostdeutschland die Funktion einer zweiten Öffentlichkeit. Sie wurde später vom westdeutschen Fernsehen übernommen und noch einmal verstärkt.

Die Geschichte dieser zweiten medialen Ebene im Bewusstsein der DDR-Bevölkerung ist noch weithin ungeschrieben. Doch kann die Bedeutung der täglichen Anschauung westlichen Lebens wie auch die Rolle westlicher Berichterstattung über ostdeutsche Problemla-



Prof. Dr. Dirk van Laak
 Justus-Liebig-Universität
 Historisches Institut
 Otto-Behaghel-Straße 10, Haus C
 35394 Gießen
 Telefon: 0641 99-28131
 E-Mail: Dirk.van.Laak@geschichte.uni-giessen.de

Dirk van Laak, Jahrgang 1961, ist seit 2007 Professor für Zeitgeschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Akademische Stationen in Essen, Hagen, Jena, Chicago, Tübingen und Freiburg. Forschungsschwerpunkte: Deutsche und internationale Geschichte des 19./20. Jahrhunderts, Geschichte von Infrastrukturen, Technik und Planung, Kolonialismus und Imperialismus. Veröffentlichungen u.a.: „Weiße Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert“ (1999).

gen in ihrer Wirkung nicht hoch genug veranschlagt werden. Der westdeutsche Zuschauer mag hiervon wenig mehr mitbekommen haben als die stets gesamtdeutsch bleibende Wetterkarte der „Tagesschau“.

Tatsächlich hatte die DDR trotz der Gegenpropaganda Karl-Eduard von Schnitzlers in „Der schwarze Kanal“ der impliziten wie der über „ZDF-Magazin“, „Kennzeichen D“ oder „Kontraste“ auch expliziten Information der ostdeutschen Bevölkerung nur wenig entgegen zu setzen. Die zahllosen Behinderungen westdeutscher Journalisten änderten nichts daran, dass die ostdeutsche Führung zuletzt in ständiger Furcht vor den „Westmedien“ und einer in der Bundesrepublik gleichsam über die Bande hergestellten kritischen Öffentlichkeit leben musste. Nicht zuletzt deswegen war sie genötigt, Repressionsmaßnahmen immer stärker zu verheimlichen. Das heute so dominante Bild eines vom Ministerium für Staatssicherheit gespannten, allgegenwärtigen Netzes informeller Mitarbeiter spiegelt vornehmlich einen Zustand der späten DDR wider. Zunehmend abstrus wirkten dagegen die ideologischen Appelle der DDR-Führung an ihr Volk, der magnetischen Wirkung der westlichen Warenwelt gegenüber Selbstbeschränkung und materielle Bescheidenheit zu wahren.

Kontakte und Begegnungen, Flucht und Übersiedlung

Die bindende Wirkung der legendären „Westpakete“, die bis 1989 zu Tausenden in der DDR eintrafen, ist dabei wahrscheinlich geringer zu veranschlagen als die Bedeutung der konkreten persönlichen Begegnungen zwischen West- und Ostdeutschen. Nach dem Schock des Mauerbaus setzten sie mit den Passierscheinabkommen seit Weihnachten 1963 langsam wieder ein. Dies war im heimlichen Lehrplan des Prinzips eines „Wandels durch Annäherung“ von Willy Brandt und Egon Bahr durchaus enthalten und beabsichtigt.

Fortan gab es ständig zunehmende Möglichkeiten sich kennenzulernen, auch in Urlaubsregionen, auf den Transitstrecken, in den Intershops oder bei touristischen Tagesausflügen nach Ostberlin. Hierbei wurden durchaus persönliche Bande geknüpft, für die pars pro toto nicht wenige deutsch-deutsche Ehen sprechen.

Den vier Millionen Abwanderungen von Ost nach West standen seit 1949 un-

gefähr 600.000 Wanderungen von West nach Ost gegenüber. Die DDR unterhielt bis 1989 in Röntgenthal bei Berlin für solche West-Umsiedler sogar ein eigenes Aufnahmeheim. Dabei handelte es sich freilich zu zwei Dritteln um Rückkehrer, die in der Bundesrepublik aus unterschiedlichen Gründen keinen Fuß fassen können. Doch bleiben immerhin knapp 200.000 bewusste System-Wechsler in den Osten übrig. Dar-



unter befand sich auch etwa Wolf Biermann, der 1953 aus voller Überzeugung aus Hamburg nach Ostberlin ging, um dort die Utopie eines freien und lernfähigen Sozialismus zu leben. Bereits 1965 wurde seinen zwar spöttischen, aber solidarischen Liedern die ostdeutsche Öffentlichkeit entzogen. 1976 wurde ihm nach einer Konzertreise sogar die Rückkehr in die DDR verweigert, was eine derart verheerende Signalwirkung entfaltete, dass man bis heute davon ausgeht, die Ausweisung Biermanns sei der „Anfang vom Ende der DDR“ gewesen. Ähnlich gesamtdeutsche Biographien durchliefen die Schauspieler Manfred Krug und Wolfgang Kieling oder der Schriftsteller Stefan Heym.

Konvergenz der Kulturnation

Gerade im Bereich der Kultur wurden seit den 1950er Jahren immer wieder Versuche unternommen, den deutsch-deutschen Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen und auf einer Konvergenz der beiden deutschen Gesellschaften auf dem Feld der deutschen Kulturnation zu beharren. Die Goethegesellschaft war eine der wenigen Institutionen, in denen halbwegs unverstellte Gespräche zwischen West und Ost möglich blieben. Einzelne Schriftsteller führten intensive Korrespondenzen mit ihren Kolleginnen und Kollegen im anderen

deutschen Staat und versuchten politische Positionen zu klären, so etwa die Lyriker Hans-Magnus Enzensberger und Peter Hacks. Andere warben für eine gemeinsame Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit, so der Schriftsteller Robert Neumann, der 1963/64 eine so genannte „Operation Mauerdurchlöcherung“ startete und dafür eine Zeitlang zwischen Marburg und Ostberlin hin und her pendelte. Hatte es bis 1961 gelegentlich auch einen Austausch von Theater-Ensembles gegeben, so wurde dies nach dem Mauerbau fast unmöglich. 1965 kam es immerhin noch zu einer gemeinsamen Aufführung von Peter Weiss' Theaterstück „Die Ermittlung“, die auf Seiten der DDR sogar als szenische Lesung in den Räumen der Volkskammer stattfand.

Wirtschaftliche und infrastrukturelle Verflechtungen

Unterhalb solcher Goodwill-Aktionen, die sicher nur kleine Kreise der Bevölkerung erreichten, existierten freilich von 1949 bis 1989/90 meist im Verborgenen gehaltene wirtschaftliche und infrastrukturelle Verflechtungen fort. Seit 1949 sprach man vom „innerdeutschen Handel“, der teilweise beträchtliche Dimensionen annahm und der die DDR etwa paradoxerweise sogar an bestimmten Vergünstigungen der Europä-

ischen (Wirtschafts)-Gemeinschaft teilhaben ließ. Trotz des demonstrativen Ausschlusses bestimmter strategisch wichtiger Güter in der so genannten Cocom-Liste florierte der deutsch-deutsche Warenaustausch auch über den Mauerbau hinaus nahezu unvermindert weiter. Dabei irritierte die Ostdeutschen sicher stärker der Umstand, dass ab 1977 plötzlich VW Golf im ostdeutschen Straßenbild auftauchten und die eigenen „Volkswagen“, der Wartburg und der Trabant, ab 1988 mit VW-Motoren ausgestattet wurden, als die Westdeutschen die Tatsache, dass im Verlauf der 1970er Jahre die DDR für die Herstellung bestimmter Güter – etwa IKEA-Regale – gleichsam zu einem Billiglohnland der Bundesrepublik herabgesunken war.

Noch geheimer – und skurriler – waren die „Geschäfte mit dem Klassenfeind“, die der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ im Ministerium für Außenhandel unter Alexander Schalck-Golodkowski durchführte, um der DDR dringend benötigte Devisen zu verschaffen. Sie reichten vom Verkauf teurer Kunstobjekte und Antiquitäten an westdeutsche Sammler über den Handel mit Blutkonserven bis zum Export von Westberliner Müll auf ostdeutsche Halden.

Dies geschah auch deshalb überwiegend im Verborgenen, weil es hier Vorerfahrungen mit den so genannten „Grenzgängern“ in Berlin gab, die bis zum August 1961 entweder einen Westberliner Arbeitsplatz bei Ostberliner Wohnung oder umgekehrt besessen hatten. Sie sorgten im deutsch-deutschen Verhältnis für manche Unruhe, weil sie vermeintlich von den Lohn- und Kaufkraft-Gefällen an der innerdeutschen Grenze profitierten. Diesen „kleinen Grenzverkehr“ zu unterbinden war sogar einer der wesentlichen Vorwände zum Bau der Berliner Mauer gewesen.

Ideologisch problematisch blieb auch der bis 1990 fortgesetzte Betrieb der Westberliner S-Bahn durch den ostdeutschen Betreiber, der sich parado-



Foto: Johann Biedermann



im „Ernstfall“ Deutsche würden aufeinander schießen müssen.

Nur eine „Fußnote“ der deutschen Geschichte?

Noch nicht einbezogen in diese kurssische Übersicht ist dabei die indirekte Bezogenheit aufeinander, die sich aus der Systemkonkurrenz ergab. Welche sozialpolitischen Zugeständnisse beispielsweise beide deutschen Staaten ihren Bewohnern einräumten, um die eigene Attraktion zu steigern, wird erst nach weiteren Forschungen voll zu ermessen sein. Das Argument, etwas sei jenseits der innerdeutschen Grenze besser organisiert als diesseits, war jedenfalls bis 1989 beiderseits des Eisernen Vorhangs ein zugkräftiges Argument, so etwa bei der Frage einer Reform des Rechts zur Abtreibung.

Unbedingt werden auch unterschiedliche Phasen der Geschichte nach 1945 stärker als bislang voneinander unterschieden werden müssen. Es macht einen Unterschied, ob man von der aufstiegsoptimistischen, jede Opposition offen bekämpfenden DDR der 1950er Jahre oder von der „durchherrschten“ Gesellschaft der späten DDR spricht, in der jedes Abweichertum meist subtil zersetzt wurde und die gerontokratisch-stagnierende „Fürsorge“-Diktatur der SED dennoch immer stärker an Autorität verlor. Nachträglich weiß man um die Spielräume und moralischen Optionen in einer tendenziell totalitären Gesellschaft immer besser Bescheid als zum Zeitpunkt ihres Erlebens. Die Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung wird es sein, hier ebenso engagiert wie ausgewogen an überzeitlich gültige Maßstäbe und an historische Kontexte zu erinnern. Dass die DDR in einer solchen Perspektive mehr war als eine bloße „Fußnote“ der deutschen Geschichte, wie dies von westdeutschen Historikern unter Rückgriff auf eine Formulierung des Schriftstellers Stefan Heym von 1989 oft allzu bereitwillig behauptet wird, dürfte jedoch offenkundig sein. •

xerweise weiterhin als „Deutsche Reichsbahn“ bezeichnete. Mancher Westberliner verzichtete demonstrativ auf diesen Verkehrsträger, um nicht über sein Ticket einen wenn auch kleinen Beitrag zum ostdeutschen Staatshaushalt zu leisten.

Die offiziell stets proklamatorische Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Einheit vermochte sich dem Trend zu einer schleichenden Verabschiedung der „Brüder und Schwestern im Osten“ nicht grundsätzlich entgegen zu stellen. Dies zeigte die Geschichte des 17. Juni, der 1953 als Arbeiterprotest gegen Normerhöhungen und ohne gesamtdeutschen Impuls begonnen hatte und von der SED-Führung dann zu einer gegen die DDR gerichteten

„Konterrevolution“ umgeformt wurde. Westdeutschen Politikern dagegen galt er als willkommener Anlass, fortan jährlich einen „Tag der deutschen Einheit“ zu feiern. Geschah dies zu Beginn noch mit großer nationaler Emphase, so verschliff sich das Pathos wie auch die innere Beteiligung seit den 1960er Jahren zusehends. Befragungen unter westdeutschen Schülern der 1970er Jahre zeigten bereits eine erschütternde Unkenntnis über den anderen Teil Deutschlands sowie den Anlass des nationalen Feiertages. Von einem „gesamtdeutschen Bewusstsein“ konnte zu dieser Zeit allenfalls noch bei einem Teil der DDR-Bürger und -Bürgerinnen die Rede sein. Doch blieb es auch für Westdeutsche stets besonders schwer vorstellbar, dass